

Grundsätze der Verarbeitung personenbezogener Daten.

1. Personenbezogene Daten von Auftragnehmern werden vom Auftragnehmer gemäß dem Gesetz verarbeitet, insbesondere der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr sowie zur Aufhebung der Richtlinie 95/46 / EG (im Folgenden als "DSGVO" bezeichnet), um:
 - a) auf Antrag der betroffenen Person vor Abschluss des Vertrags Maßnahmen zu ergreifen (auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO);
 - b) Aufträge zu erbringen (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO);
 - c) die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, die auf dem Auftragnehmer im Zusammenhang mit Steuer - und Rechnungslegungsvorschriften lasten (auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO);
 - d) Vermarktung eigener Produkte oder Dienstleistungen (auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO);
 - e) Untersuchung oder Sicherung von Ansprüchen (auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO).
2. Personenbezogene Daten der den Auftraggeber vertretenden Personen werden bearbeitet vom Auftragnehmer gemäß der DSGVO, um:
 - a) Geschäftsbeziehungen aufzubauen - Aufträge mit dem Auftraggeber, vertreten durch die jeweilige Person (auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO);
 - b) Geltendmachung oder Sicherung von Ansprüchen (auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO).
3. Die verarbeiteten personenbezogenen Daten werden für die Geltungsdauer des Auftrags, und nach dessen Ablauf für den Zeitraum aufbewahrt, der erforderlich ist für: Kundendienst (z. B. Bearbeitung von Reklamationen); Sicherung oder Geltendmachung von Ansprüchen; Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen des Auftragnehmers.
4. Personenbezogene Daten, die zum Zwecke der Vermarktung von Produkten oder Dienstleistungen aufgrund eines berechtigten Rechtsinteresses verarbeitet werden, werden verarbeitet, bis ein Widerspruch erhoben wird.
5. Die betroffene Person hat das Recht, auf ihre Daten zuzugreifen und sie zu berichtigen, zu löschen, die Verarbeitung einzuschränken, das Recht auf Datenübertragung, das Recht, der Datenverarbeitung aufgrund des berechtigten Interesses des Datenverantwortlichen zu widersprechen oder der Verarbeitung zu direkten Marketingzwecken zu widersprechen. Sie hat das Recht, eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzureichen, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die Bestimmungen der DSGVO verstößt.
6. Die Angabe personenbezogener Daten ist freiwillig. Die Nichtangabe personenbezogener Daten führt jedoch zur Unmöglichkeit des Abschlusses von Aufträgen und deren Umsetzung.

7. Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten auf keine Weise, die mit ausschließlich automatisierten Entscheidungen über die jeweilige Person verbunden wäre.
8. Personenbezogene Daten können auf Anfrage an Stellen weitergegeben werden, die sie verarbeiten, insbesondere an die Stelle, die für die Buchführung zuständig ist, Inkassounternehmen und Transportunternehmen.
9. Personenbezogene Daten werden nicht an Dritte/internationale Organisationen weitergegeben.